

Frankreichs Gesundheitssystem ist auf sie angewiesen – doch ihre Lage bleibt prekär.

Seit dem 5. März befinden sich über 300 ausländische Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Hebammen im Hungerstreik. Sie protestieren gegen die ausbleibende Anerkennung ihrer Abschlüsse, die ihnen von Präsident Emmanuel Macron und Ex-Premierminister Gabriel Attal versprochen wurde. Am Samstag planen sie eine Demonstration vor dem Gesundheitsministerium.

"Wir halten die Krankenhäuser am Laufen – und sind trotzdem rechtlos"

Die Protestierenden gehören zur Gruppe der *praticiens à diplôme hors-Union européenne* (padhue) – medizinische Fachkräfte mit Abschlüssen aus Nicht-EU-Staaten. Obwohl sie in französischen Krankenhäusern unverzichtbar sind, verdienen sie oft nur ein Drittel des Gehalts ihrer französischen Kollegen. Zudem müssen sie alle sechs Monate um die Verlängerung ihres Vertrags bangen.

"Wir haben alle möglichen Wege ausgeschöpft", erklärt Abdelhalim Bensaïdi, Diabetologe in Nanterre seit über sechs Jahren. Seine Frustration ist spürbar: "Wir wurden immer wieder vertröstet. Dabei sind wir es, die manche Krankenhäuser am Laufen halten!"

Ein Prüfungsverfahren voller Ungerechtigkeiten

Die einzige Möglichkeit zur Anerkennung: Eine strenge Prüfung, die épreuve de vérification des connaissances (EVC). Doch selbst wer die erforderliche Punktzahl erreicht, scheitert oft – weil nicht alle Plätze vergeben werden. "20 % der verfügbaren Plätze wurden nicht zugewiesen", kritisiert Bensaïdi. "Das ist willkürlich!"

Viele ausländische Mediziner haben Jahre in Frankreich gearbeitet, die Sprache gelernt und bewiesen, dass sie unverzichtbar sind. Dennoch wird ihnen die dauerhafte Anerkennung verweigert.

Der Protest geht weiter

Die Situation der *padhue* wirft grundsätzliche Fragen auf: Warum lässt Frankreich dringend benötigte Ärzte in Unsicherheit leben, während das Gesundheitssystem ohnehin unter Druck steht?



Hungerstreik in Frankreich: 300 ausländische Ärzte kämpfen um ihre Zukunft

Die Hungerstreikenden wollen nicht nachgeben. "Wir wollen nur das, was uns zusteht: Würde, Anerkennung und eine Zukunft in diesem Land", sagt Bensaïdi entschlossen.

Am Samstag werden sie erneut auf die Straße gehen – in der Hoffnung, endlich Gehör zu finden.

Von C. Hatty